

EMIL

Eimsbüttel mit Links.
Informationen
DIE LINKE. Fraktion
in der Bezirksver-
sammlung Eimsbüttel

Dezember 2014

EMIL ist das viertel-
jährliche Informati-
onsblatt der Bezirks-
fraktion der LINKEN in
Eimsbüttel. **EMIL**, das
steht für „Eimsbüttel
MIT Links“. **EMIL** infor-
miert aus den Bezirken
von der Basis, aus der
Bezirksversammlung
und den Ausschüssen.
Für Sie und euch, mit
Ihnen und euch – für
eine bessere Politik in
unserem Bezirk.

**Stückwerk an der
KOLLAU** Den Lok-
stedtern ist die Kollau
als kleiner Fluß
bekannt, welcher ent-
lang der Güterumge-
hungsbahn durch Lok-
stedt fließt und östlich
der Kollaustraße in
die Tarpenbek mündet
Seite 4

**Luftschutzbunker im
Eidelstedter Weg**
Dieser Bunker ist
eben nicht so ein
altes Monstrum aus
der Nazizeit, der es
wert wäre abgerissen
zu werden **Seite 5 + 6**

Gegen TTIP
Derzeit finden unter
Ausschluss der Öff-
entlichkeit zwischen
der EU und den USA
Geheimverhandlungen
zum Transatlantischen
Freihandelsabkommen
TTIP **Seite 7**

Osterstraße: kein „Latte-macchiato-Boulevard“

Auf der Suche nach Ansatzpunkten



Foto: Urban Explorer Hamburg

Editorial

Von Hartmut Obens

Foto: Privat



Da sind wir nun, liebe Leserinnen und Leser, wieder zurück und legen Ihnen die erste Ausgabe unseres EMIL vor, den unsere neue Fraktion zu verantworten hat. Unsere Fraktion hat sich dafür entschieden, die Seitenstärke unseres EMIL auf jeweils acht Seiten zu begrenzen, dafür aber öfter zu erscheinen, und dass heißt: aktueller zu sein.

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht das Thema „Osterstraße“. Die Fraktion der LINKEN hat den Stadt- und Umweltplaner Prof. Jochen Hanisch beauftragt, ein Gutachten über die Gefahren der „Gentrifizierung“ der Osterstraßen-Verschönerung zu erstellen. Sein Befund: Für sich genommen gehen die verkehrs- und raumplanerischen Konzepte der Osterstraßen-Neugestaltung in Ordnung, aber der Pferdefuß liegt darin, dass diese Planungen die eigentliche Aufgabenstellung der Stadtplanung ausblenden, nämlich die Raumgestaltung und Verkehrslenkung des gesamten Quartiers in Angriff zu nehmen. Es kann ja nicht sein, die Osterstraße zu entlasten und dies auf Kosten der umliegenden Straßen (z. B. der Lappenbergsallee) zu betreiben. Und ein zweiter Komplex bleibt völlig ausgeblendet: Die Aufwertung der Osterstraße wird soziale Folgen haben, wenn dagegen nichts unternommen wird: Mietenexplosionen bei den Anwohnern und Gewerbetreibenden, die letztlich dazu führen, der Osterstraße ihren angestammten „sozialen Charme“ zu nehmen und sie zu einem „Latte-macchiato-Boulevard“ zu machen. Beispiel dafür gibt es in Hamburg genügend...

Aber wir haben noch weitere heiße Themen im Köcher:

→ Um den „Kulturbunker“ an am Eidelstedter Weg wird gewissermaßen ein „Kulturkampf“ geführt. Unser Abgeordneter Peter Gutzeit kämpft mit und hat auch einen Antrag eingebracht, der von SPG und Grünen aber abgelehnt wurde.

→ Jürgen Kahlert schreibt über die AfD in Hamburg und Zaklin Nastic informiert uns über die Auswirkungen von TTIP auf die Hamburger Bezirke. Auch um die Ausweisung der Eimsbütteler Feuchtgebiete wird heiß gestritten, geht es doch um Geld und Baurechte der Betroffenen. Darüber schreibt Jens Reuter, Mitglied des Stadtplanungsausschusses. Also: Es lohnt sich einmal mehr, den EMIL zu lesen!



Umbau der Osterstraße

„Linke: Umbau der Osterstraße nicht durchdacht“, so titelte das Hamburger Abendblatt. „Kritik an Umbauplänen“ überschrieb „Hamburg 1“ seinen Bildbericht, in dem Jochen Hanisch ein Interview zu den Unzulänglichkeiten der Osterstraßenplanung gibt. Und das „Elbe Wochenblatt“ schreibt: „Die Mieten an der Osterstraße werden steigen.“

Die Abendveranstaltung eröffnete Peter Gutzeit mit seinem schönen Lied über „das Haus am Schulterblatt“, das aus Spekulationsgründen seit Jahren leer steht. Als Einstimmung auf das soziale Leben in der Osterstraße zeigte Jochen Hanisch seinen Film „Papa Schulz in der Osterstraße“, in dem auf einfühlsame Weise gezeigt wird, wie Papa Schulz, trotz fortschreitender Demenz, selbstbestimmt sein Leben führt, weil eine intakte Umwelt ihm dabei hilft. Diese intakte Umwelt, das ist die Osterstraße und seine Akteure, der Arzt, freundliche VerkäuferInnen, der Imbißstubenbesitzer und die Betreuerin von der Sozialberatungsstelle. Alle gehören dazu, alle sind die Osterstraße. Die Osterstraße, das Herz von Eimsbüttel, gab gewissermaßen den zweiten Akteur des Filmes ab. Und ein Denkmalschützer und ein Stadtplaner erklärten, warum die gewachsene Struktur der Osterstraße diese sozialen und städtebaulichen Qualitäten bietet, die das Wohnen und Leben hier so angenehm machen, für Anwohner ebenso wie für die Gewerbetreibende.

Und nun soll die Osterstraße „schöner“ gemacht werden...

Am Vorabend erklärten die Planer auf einer Informationsveranstaltung des Bezirksamts, wie diese Verschönerung aussehen soll: Breitere Bürgersteige, Fahrradstreifen auf der Straße, Verengung der Autostreifen und damit Verlangsamung des motorisierten Verkehrs, Einführung von Kreisverkehren an - nicht von Bussen durchfahrenen! - Kreuzungen usw. Jochen Hanisch, Professor für Stadt- und Landschaftsplanung, befand die einzelnen Planungskomponenten für seriös und angemessen, konfrontierte die verantwortlichen Stadt-

nicht durchdacht

planer in Bezirk und Behörde aber mit zwei wesentlichen Fragestellungen, auf die auf der Veranstaltung am Vorabend nicht mit einer einzigen Silbe eingegangen war:

1. Welche verkehrspolitische Konzeption für das gesamte Quartier liegt den Planungen zugrunde, um Verkehrsberuhigung und -entzerrung zu erreichen ?
2. Welche Konzepte bestehen, um die mit dieser „Gentrifizierung“ zwangsläufig eintretende Verteuerung von Wohn- und Gewerbemieten einzudämmen bzw. zu „deckeln“ ? Antwort: null! Das sei eben die Folge einer solchen „inkrementellen“ Planungsmethode, die das Planungsobjekt isoliere und die vernetzten Auswirkungen dieser Veränderungen auf Quartier und Stadt ausblende. Also: „Planung“ wie gehabt, mit allen Folgen, die auch in anderen Quartieren und Stadtteilen bereits zu beobachten seien: Verdrängung von angestammten Mietern und inhabergeführten Geschäften, die bei den galoppierenden Mieterhöhungen nicht mehr mithalten können.

Das Herangehen der LINKEN hingegen sei anders. Jochen Hanisch: *„Zu dem Projekt gehört nach unserer Auffassung ein umfassender Zukunftsdialog mit den Gewerbetreibenden und Bewohnerinnen des Quartiers über den Umgang mit den Folgen eines solchen Projektes. Wir wollen nachpolitischen Ansatzpunkten suchen, wie erreicht werden kann, dass die Verschönerung der Osterstraße nicht über nachfolgend explodierende Mieten und mit dem Wegzug von Mieter/-innen und vertrauten Gewerbetreibenden bezahlt werden muss.“*

Und dieser Zukunftsdialog ist nicht geführt worden, die bisherige „Bürgerbeteiligung“ begnügte sich mit Planerinformationen, ohne diese Fragen zu den verkehrs- und städtebaupolitischen Aufgabenstellungen auch nur anzutippen. Für diese Art von „Bürgerbeteiligung“ gibt es einen Begriff, der die Absicht präzise beschreibt: „Akzeptanzbeschaffung“. Das reicht längst nicht an das heran, was in Eimsbüttel an For-

men aktiver Bürgerbeteiligung bisher praktiziert wurde, etwa in Stellingen („neue Mitte Stellingen“) oder in Eidelstedt („Neues Zentrum Eidelstedt“). Stichworte dabei sind: Eigenständige Bürgerideen, Ergebnisoffenheit, Transparenz und partizipatives Vorgehen im Planungsprozess.

Der Verdacht der LINKEN, dass dieses jetzt rasch durchgezogene Projekt wohl eher dem Bürgerschaftswahlkampf von Olaf Scholz als den Bürgern Eimsbüttels geschuldet ist, liegt auf der Hand. Denn diese „Verschönerung“ lässt sich der Senat ganze 7 Millionen Euro kosten. Aus welchem Topf diese nicht unbedeutende Summe auf einmal kommt, konnte bis zum heutigen Tag nicht ganz geklärt werden, das Geld war auf einmal da...

Auch die auf unserer Veranstaltung anwesenden Gäste waren der Meinung, dass solche „Pflichtübungen“ wie die Informationsveranstaltung am Vorabend mit „Bürgerbeteiligung“ nichts zu tun hat. Sie entschlossen sich deshalb, selbst aktiv zu werden, in einer „Anwohnerinitiative Osterstraße“. Davon wird man sicherlich noch einiges hören.

Die Bezirksfraktion der LINKEN in Eimsbüttel, die bei Prof. Jochen Hanisch ein Gutachten beauftragt hat, wird es in Kürze der Öffentlichkeit und der Bezirksverwaltung übergeben.

Abschließend trug Peter Gutzeit (der auch Bezirksabgeordneter der LINKEN ist) sein neues Lied über den „Einzelkämpfer Harald D.“ vor: „Harald, das hast du gut gemacht“. Es geht um die Auseinandersetzung und den anschließenden Bürgerentscheid gegen das „Hoheluftkontor“, den bekanntlich nur die LINKE unterstützt hatte und der zu einem Debakel für die anderen Eimsbütteler Bezirksfraktionen wurde.

Hartmut Obens



Foto: Steg Hamburg

Stückwerk an der Kollau

Den Lokstedtern ist die Kollau als kleiner Fluß bekannt, welcher entlang der Güterumgehungsbahn durch Lokstedt fließt und östlich der Kollaustraße in die Tarpenbek mündet. Bekannt vor allem deshalb, weil die Kollau seit Jahrzehnten regelmäßig nach heftigen Regenereignissen über ihre „Ufer“ tritt und ebenso regelmäßig etlichen Anliegern deren Gärten und deren Keller flutet.

Als „Stückwerk“ wird für gewöhnlich eine „unvollkommene Arbeit“ bezeichnet. Der Durchschnittsbürger wird erwarten, dass unvollkommene Arbeiten von den Verantwortlichen bei Zeiten zu Ende gebracht werden würden.

Nicht so in Hamburg-Lokstedt: Für die unvollkommenen wasserwirtschaftlichen Arbeiten entlang der Kollau sind die Hamburger Behörden verantwortlich. Zumindest räumte Herr Meier von der zuständigen Landesbehörde für die Wasserwirtschaft (BSU-U1) mehrfach auf öffentlichen Informationsveranstaltungen seit Februar ein, dass es offensichtlich erhebliche Versäumnisse der Wasserwirtschaft im Bereich der Kollau geben würde.

Neues Überschwemmungsgebiet (ÜSG) Kollau

Anstatt in Lokstedt die Keller trocken zu legen, soll entlang der Kollau ein ÜSG ausgewiesen werden. Die betroffenen Anlieger empfinden dies als üblen Schildbürgerstreich, der gleichzeitig erhebliche Eingriffe in ihre Rechte zur Folge hat. Die Eingriffe sind wahrscheinlich auch das Ergebnis von Planungsmethoden, nach denen die Politik und die Verwaltung in Hamburg funktionieren. Besser gesagt: Nach denen sie nachweislich NICHT funktionieren !

Die Rahmenbedingungen, die zu einer ÜSG-Ausweisung nach EU-Recht zwingen, sind im Wasserhaushaltsgesetz (WHG § 76) vorgegeben. Den Schutzvorschriften dieses Gesetzes zur Folge dürfen in ÜSG-Gebieten u.a. „keine Erhöhungen oder Vertiefungen der Erdoberfläche“ vorgenommen werden !

Es kommt den Hamburger „Stückwerkern“ und „Durchwurschtlern“ aus der Politik und Verwaltung sehr entgegen, die Verantwortung für die prekäre Situation an der Kollau bei der EU abladen zu können.

Ermittelt wurden die in Frage kommenden ÜSG-Flächen von der Behörde durch ein Berechnungsmodell. In einer ausführlichen Untersuchung haben Anwohner der Kollau die Verwaltung kürzlich mit eigenen Untersuchungs-Ergebnissen konfrontiert. Demnach sind die Berechnungen der Behörde fragwürdig. Bei hohen Wasserständen der Kollau quellen die Wassermassen am „Wullwisch“ aus den Sieddeckeln der Straßenkanalisation. Die Fließrichtung in der Straßenkanalisation

kehrt sich bei Hochwasser um. Das Sied läuft voll. Und die Gärten und die Keller der Anwohner ebenso.

Es ist anzunehmen, dass gründliche Untersuchungen in den unmittelbar angrenzenden Gebieten, welche auch zum vorgesehenen Überschwemmungsgebiet Kollau gehören, zu ähnlich fragwürdigen Ergebnissen führen werden:

Der Betriebshof des Bezirks-Eimsbüttel am Wehmerweg verfügt über keine Regenrückhaltefläche, obwohl diese dem Vernehmen nach gesetzlich vorgesehen ist.

Auf dem Vattenfall Gelände am Wehmerweg sind noch 2010/2011 Geländeerhöhungen vorgenommen worden.

Geländeaufschüttung Niendorferstr.:

Diese wird z.Zt. durchgeführt, obwohl die örtliche Situation dies an sich verbietet.

Geländeaufschüttung Hagendeel (Flurstück 191):

Die Genehmigung ist wiederholt verlängert worden. Die Maßnahmen stehen unmittelbar bevor. Die örtliche Situation verbietet dies an sich.

Die Regenwasser, die auf dem Autobahndreieck der BAB7+23 in Schnelsen anfallen, werden in die Kollau geleitet. Dieser Sachverhalt ist auf den öffentlichen Informationsveranstaltungen nicht erwähnt worden.

So betrachtet hat die Verwaltung in Hamburg seit Jahrzehnten in diesem Gebiet kontraproduktiv gehandelt. Es ist beabsichtigt, dies auch weiterhin zu tun. Auch ohne die Einführung der ÜSG hätten Geländeaufschüttungen und großflächige Versiegelungen in diesem Gebiet niemals durchgeführt werden dürfen !

Die aktuelle Krönung erfährt die Politik des „Durchwurschtelns“ durch die notwendige Flüchtlingsunterbringung.

Ausgerechnet in dem umstrittenen „ÜSG“ an der Niendorferstr. und am Hagendeel sollen Unterkünfte errichtet werden und weitere Geländeaufschüttungen

erfolgen. Wer dies für fahrlässig hält, wird von einschlägigen Behörden- und „Volksvertretern“ kurzer Hand als fremdenfeindlich stigmatisiert.

Die hausgemachten Probleme an der Kollau sind das Ergebnis einer seit Jahrzehnten praktizierten „Strategie der unkoordinierten Einzelfallentscheidungen“!

Die Notwendigkeit, möglicherweise an der Kollau ein ÜSG ausweisen zu müssen, fällt nicht in Form von Regen vom Himmel. Vielmehr fällt den Beteiligten an der Kollau eine unbewältigte Problemlage auf die Füße.

J. Reuter

Warum wir uns für den „ollen“ Luftschutzbunker im Eidelstedter Weg 10 einsetzen

Ist doch schön, dass die alten Betonklötze endlich wegkommen, mag sich manch' Eimsbüttlerin und Eimsbüttler gedacht haben. So denken wir ja heute alle irgendwie. Doch Halt: Dieser Bunker ist eben nicht so ein altes Monstrum aus der Nazizeit, der es wert wäre abgerissen zu werden. Er ist in seiner Substanz ausgesprochen gut erhalten. Alle Räume sind trocken, die Luftfilteranlagen noch funktionstüchtig und die Wände und überflüssige Leerstände sind mit Wandbildern aus der Märchenwelt ausgestattet.



Foto: Privat

Seinen Grund hat diese „Konservierung“ dem Umstand, dass nach dem Krieg der Musikverlag Sikorski in den Bunker einzog, dort seine Büros hatte, immer gut heizte und das Innere auch instand setzte. Dieser Zustand dauerte Jahre. Nach dem Auszug des Musikverlages, entdeckte im Jahre 2013 der Verein „Hamburger Unterwelten e.v.“ den Bunker neu. Statt den Bunker vergammeln zu lassen, brachte er ihn wieder in Schuss und begann Bunkerbesichtigungen für uns Städter durchzuführen.

Auch die Schulen begannen sich für Besichtigungen und Führungen zu interessieren, sodass regelmäßig Schülerinnen und Schüler diesen Ort der „monströsen Schönheit“ erleben konnten. Gut 70 Jahre nach der Kapitulation Nazideutschlands, erfuhren nun junge

Menschen die Grauen des Krieges im eigenen Stadtteil und konnten den Hauch der Geschichte erleben und spüren.

Der Bunker, in dessen meterdicken Betonwänden die Menschen während der Bombenangriffe viele hundert Tage und Nächte ausharren mussten, wurde zur anschaulichen Geschichtsunterrichtsstunde über Krieg und Frieden. Die gut erhaltenen Wandbilder legen Zeugnis von der Kältschnäuzigkeit der damaligen Bauherren dar, die schon damals (wie auch heute wieder = Bundeswehrwerbung) beruhigend und psychologisch auf die Menschen einwirken wollten, um ihnen den Krieg als einen harmlosen Spaziergang darstellen zu können.

→ S. 6

AfD – Eine Partei, die in Eimsbüttel nicht gebraucht wird!

Gleich am Anfang der neuen Wahlperiode besetzte die Gruppe bestehend aus zwei AfD-Mitgliedern in der Bezirksversammlung die Themen „Bordelle und Parksanduhren“, wahrlich die absoluten „Burner“ der Probleme in Eimsbüttel.

Ernster zu nehmen, die trockenen Äußerungen von Olaf Henkel über etliche seiner Parteifreunde, die er als „unanständige und intolerante Ideologen“ charakterisiert. Und während der AfD-Promi sich noch öffentlich „in Grund und Boden schämt“ klärt Parteimitglied und Hooligan Claus Döring der lauschenden AfD-Hamburg auf ihrem Landesparteitag über die „friedliche Kölner Demonstration der Hooligans gegen Salafisten“ auf. „Es gab keine Gewalt“ seine Aussage, die die fünfzig verletzten Polizisten problemlos ignoriert.

Ansonsten ist die Aufklärung im Umfeld der AfD eher weniger beliebt. Die Stellschilder der Partei

DIE LINKE, Stadtteilgruppe Eimsbüttel-Nord zur Veranstaltung „Die AfD – Gefahr von Rechts!“ standen nicht lange.

Dafür konnten wir uns an dem Abend in der Apostelkirche über die Inhalte und dem Auftreten der modernisierten Rechtspopulisten informieren, die sich im Unterschied zu den traditionellen neonazistischen Parteien mit lautstarken offen rassistischen oder völkischen Bekenntnissen zurückhalten.

Die Nadelstreifen-Rechten zunächst mit Euro und EU-Kritik im Sinne einer Lobby für das nationale kapitalistische System finden wir jetzt auch mit fremdenfeindlichen Schwerpunktthemen. Ihre Willkommenskultur besteht darin nationale Sozialsysteme gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen abzuschotten.

Die Partei DIE LINKE wird sowohl über ihre Arbeit als Fraktion in der Bezirksversammlung wie auch in ihren außerparlamentarischen Aktionen diesem Rechtspopulismus mit konstruktiven Antworten entgegnetreten um Fortschritte für ein soziales Eimsbüttel und Hamburg zu erreichen. Nur damit können wir den nationalistischen, populistischen, extremen Rechten das Wasser abgraben.

Jürgen Kahlert

→ S.5 Doch nun aber kommt die Firma Beiersdorf (Nivea) ins Spiel. Sie hat, allerdings nichtöffentlich, offensichtlich einen weiteren Flächenbedarf für ihr Werk in Lokstedt angemeldet. Die Produktion ist, nach einem gefährlichen Chlorgasunfall im Jahre 2001, bei der es 23 Verletzte gab, teilweise aus Eimsbüttel nach Norderstedt ausgelagert worden. Jetzt wird die Fläche, von dem erst vor etwa 20 Jahren mit großem PR-Aufwand angelegten Spielplatz mit Skaterbahn (www.freizeitabenteuer.com: Der Spielplatz hat meist einen ruhigen Lautstärkepegel und wirkt oft auch ein wenig einsam) von Beiersdorf beansprucht. Der Spielplatz wiederum, der eine direkte Verbindung zum Wiesinger Weg und damit zum Werksgelände Beiersdorf hat, soll auf dem abzureißenden Bunker-gelände neu entstehen.

Diese Pläne riefen den Protest des Vereins „Hamburger Unterwelten“ auf den Plan, deren Mitglieder Hilfe bei den Eimsbütteler Parteien suchten. Sie legten außerdem einen Plan vor, der die Interessen Beiersdorfs und den Erhalt des Bunkers mit einem integrierten Spielplatz vorsah.

Dadurch erfuhren wir Abgeordneten von dem Vorhaben. Es war dann der erste Antrag den ich, noch neu im „Geschäft“, als frischgewählter Abgeordneter der Linkspartei zu erarbeiten hatte. Er enthielt im Kern die Forderung nach einem Beschluss (Petitum) der Bezirksversammlung mit folgendem Wortlaut: „Die Bezirksversammlung Eimsbüttel fordert den Senat auf, den geplanten Abriss des Bunkers zu stoppen, sich mit Beiersdorf und dem Verein „Hamburger Unterwelten“ zusammensetzen und eventuell erforderliche Mittel zur Umsetzung eines Kulturbunkers bereitzustellen.“

Setzten sich anfangs noch einige wenige Mitglieder der Grünen für den Erhalt des Bunkers ein, wurden sie im Laufe der Wochen so unter Druck gesetzt, dass es zu einem großen Knatsch in der Grünen-Fraktion kam, der letztendlich dazu führte, dass unser Antrag mit den Stimmen von Grünen und SPD im Regionalausschuss Lokstedt geschlossen abgelehnt wurde und so auch nicht den Weg in die Bezirksversammlung Eimsbüttel fand. Das Ganze nennt sich dann Koalitionsdisziplin.

Doch der Verein und auch wir geben nicht auf. Wenn auch die Sache verloren scheint, der Verstand und das Herz geben nicht auf. Man wird von uns noch hören!

Nachtrag: Jetzt sollen die Wandbilder herausgefräst werden, um im fernen Wilhelmsburg eingelagert zu werden (Hamburger Abendblatt, 10.10.14). Schlappe Kosten für diese Schnapsidee: € 200.000. Wir ham's ja.

Peter Gutzeit

LINKEN Fraktion

Eimsbüttel gegen TTIP

Derzeit finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen der EU und den USA Geheimverhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) statt.

Selbst EU-Abgeordnete haben keinen uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten, hingegen aber 600 Vertreter von Großkonzernen. Offiziell ist das Verhandlungsmandat der EU für TTIP nicht bekannt, die Verhandlungen finden im Geheimen statt.

Städte und Kommunen sind direkt betroffen, trotzdem werden die kommunalen Spitzenverbände nicht in die Verhandlungen eingebunden.

Aber worum genau geht es bei der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft? Freihandelsabkommen sind völkerrechtliche Verträge. Die meisten Menschen verstehen darunter, dass Zölle sowie Ein- und Ausfuhrverbote abgeschafft werden. Der Außenhandel soll dadurch gesteigert werden. TTIP geht aber über die bisherigen, bi- und multilateralen Handelsabkommen weit hinaus. Es geht um Gesetze, Standards, Vorschriften, Normen, Zulassungs- und Kontrollverfahren. Sie sollen in den betroffenen Ländern so angepasst werden, dass sie Unternehmen nicht mehr behindern, ihre Waren oder Dienstleistungen zu exportieren und zu verkaufen sowie ihre Art der Produktion überall gleich durchzuführen. Das bedeutet eine umfassende Deregulierung, insbesondere eine weitergehende Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs, den höchsten bisher erreichten Investitionsschutz, mit dem Sonderklagerecht für Investoren, und den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen auf allen Ebenen.

Durch das Sonderklagerecht für Konzerne würde künftig ein intransparentes Parallelrechtssystem entstehen und demokratisch beschlossene Gesetze des Rechtsstaates unterlaufen. Ausländische Konzerne könnten künftig vor geheimen Schiedsstellen gegen Deutschland klagen, wenn z.B. Gesetzesänderungen ihre Gewinnerwartungen oder Investitionstätigkeiten beschränken.

Zum Beispiel verklagt derzeit der schwedische Konzern Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland wegen des beschlossenen Atomausstiegs auf rund

3,7 Milliarden Euro Schadensersatz. Vattenfall kann klagen, da es zwischen Schweden und Deutschland bereits ein Handelsabkommen mit einer Investitionsschutzklausel gibt. Diverse Kommunen und kommunale Spitzenverbände (u.a. der bayerische Städtetag) haben bereits Beschlüsse gefasst, welche sich ablehnend positionieren oder haben entsprechende Anträge in der Beratung.

Verschiedene globalisierungskritische Netzwerke und Organisationen, wie bspw. ATTAC, Robin Wood oder Bioland e.V. haben sich zum europäischen Bündnis „Stop TTIP“ zusammengeschlossen.

Die Europäische Kommission lehnt die europäische Bürgerinitiative „STOP TTIP“ aus fadenscheinigen Gründen ab. Das Bündnis hat nun Klage gegen diese Ablehnung eingelegt. Ob Lebensmittel, Umweltschutz, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte oder Sozialstandards, TTIP greift in wesentliche Bereiche unseres Lebens ein.

Es ist zu befürchten, dass TTIP sich negativ auf die Organisationshoheit der Kommunen und die kommunale Handlungsautonomie auswirken wird. Deshalb haben wir von der Linksfraktion einen Antrag in der Bezirksversammlung Eimsbüttel eingebracht, um das Thema TTIP auf bezirklicher Ebene kritisch zu hinterfragen. Wir lehnen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und unseres Bezirks eine weitere Liberalisierung des Dienstleistungsbereiches, wie er mit einem derartigen Abkommen einhergehen würde, grundlegend ab und fordern die Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“.

Unser Antrag wurde nun zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Verbraucherschutz überwiesen. Die Fraktionen der CDU und SPD signalisierten bereits ihre Ablehnungshaltung, wie die Grünen-Fraktion sich verhalten wird, ist abzuwarten.

Schließlich sind die LINKEN und Grünen auf Bundesebene die Einzigen, die offen TTIP ablehnen. Inwieweit sich die Grünen in Eimsbüttel an die eigenen Überzeugungen und Parteilinie halten, wird sich zeigen.

Zaklin Nastic

Prävention und Intervention vor Islamischer Radikalisierung

In der Oktobersitzung der Bezirksversammlung Eimsbüttel brachte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zur Einrichtung einer Beratungsstelle für Eltern, Angehörige sowie Betroffene in der Auseinandersetzung mit dem Islamismus ein.

Die bewaffneten Konflikte in Syrien und Irak sowie der Kampf der Kurdinnen und Kurden um die Stadt Kobane zum Schutz der Bevölkerung vor der Terrororganisation IS sorgen weltweit für Entsetzen. Mehrere Dutzend Hamburger kämpfen bereits in der Terrormiliz IS. In Hamburg und auch in Eimsbüttel versuchen Gruppierungen, junge Menschen für ihren religiösen Extremismus auf unterschiedlichen Wegen zu gewinnen. Es gibt Berichte über offene Rekrutierungsversuche durch Funktionäre dschihadistischer und salafistischer Gruppierungen.

Auch das Internet und soziale Netzwerke spielen für die Rekrutierung von jungen Menschen eine bedeutende Rolle. Immer Eltern mit Migrationshintergrund haben Sorge, dass auch ihre Kinder sich radikalen terroristischen Gruppierungen anschließen und untertauchen könnten. Viele sind auf der Suche nach Beratungs- und Hilfsangeboten. Die Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und Hessens haben bereits Programme erarbeitet, die Islamisten und deren Angehörigen Hilfe anbieten.

Die Stadt Bremen verfügt mit dem Netzwerk Kitab über ein strukturiertes und gut gewachsenes Angebot. In Hamburg gibt es derzeit jedoch noch kein offiziell beschlossenes Landesprogramm.

Laut Medienberichten gibt es einen als vertraulich eingestuften Entwurf der Sozialbehörde für ein geplantes

Beratungsnetzwerk, jedoch ist der Aufbau eines solchen Netzwerks noch nicht beschlossen und wird viel Zeit brauchen.

Eine Anfrage der Linksfraktion Hamburg (9.9.2014.) verdeutlicht, wie es um Hilfsangebote in Hamburg steht. Darin verweist der Senat auf die Bremer Beratungsstelle Kitab sowie eine Telefonhotline des Bundesamtes. Eine Strategie oder gar ein Konzept, um die Kinder zu schützen, steht seit Monaten aus. Mit dem zögerndem Handeln riskiert der SPD-Senat, dass sich weitere junge Menschen radikalen terroristischen Gruppierungen anschließen. Dabei zeigen jetzt die Sparmaßnahmen des Senats bei der Kinder- und Jugendarbeit ihre fatale Wirkung. Initiativen, Beratungsstellen und Treffs der offenen Kinder- und Jugendhilfe fehlen die Mittel in den betroffenen Stadtteilen, um sich der bedrohten Jugendlichen in besonderer Weise anzunehmen.

Dabei wären gerade jetzt Anlaufstellen vor Ort, Straßensozialarbeiter/innen und Angebote vonnöten, um ein Abrutschen in die islamistische Szene zu verhindern. Deshalb fordert die Linksfraktion Eimsbüttel, dass schnellstmöglich unabhängige Beratungsangebote für Betroffene, Eltern und Angehörige zur Prävention islamischer Radikalisierung geschaffen werden.

Bildungseinrichtungen, Erziehungsberatungsstellen, MitarbeiterInnen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Erziehungsberatungsstellen, Schulleitungen sowie Elternschulen müssen Schulungsangebote erhalten, um auf das komplexe Thema des religiösen Extremismus sensibel und geeignet reagieren zu können. Hier fehlt die professionelle Erfahrung und das geschulte Personal.
Zaklin Nastic



Herzlich willkommen in der Geschäftsstelle der Fraktion **DIE LINKE**. in der Bezirksversammlung Eimsbüttel! Sie finden uns in der **Kielerstr. 689**

(Hinterhaus). Unseren Geschäftsführer Gerald Reichert treffen Sie zu den Öffnungszeiten

dienstags 13 bis 15 Uhr und mittwochs 13 bis 17 Uhr sowie nach Absprache. Auch unsere Bezirksabgeordneten freuen sich, nach Terminabsprache, auf ein Gespräch mit Ihnen. Rufen Sie uns an:

(01 76) 88 05 25 74. Mailen Sie uns:

info@linksfraktion-eimsbuettel.de

Mehr über uns auf unserer Website:

www.linksfraktion-eimsbuettel.de

DIE LINKE.